

Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestags des „Himmler-Erlasses“ zur Vernichtung der Roma und Sinti

16. Dezember 2023

Ansprache Stadtrat Michael Frost

(Anrede)

wir kennen das Schicksal der Bremerhavener, der deutschen und der europäischen Roma und Sinti und die Faktenlage des an ihnen verübten Genozids.

Wir wissen um das Schicksal Einzelner, von Familien und Bürger:innen ganzer Ortschaften. Auch Bremerhaven galt nach den Deportationen spätestens 1941 als „zigeunerfrei“.

In Bremerhaven gedenken wir unserer verfolgten und ermordeten Mitbürgerinnen und Mitbürger in jedem Jahr an dem Tag, an dem das Nazi-Regime, wie wir es häufig nennen, die Vernichtung der Roma und Sinti beschloss.

Ich hebe den Begriff „Regime“ hervor, weil ich ihn für unzulässig halte. Wir müssen uns bewusst machen, dass es sich im Ursprung um eine vom deutschen Volk mehrheitlich gewählte Regierung handelte - und keinesfalls um eine bewaffnete Putschistentruppe.

Der Hinweis ist mir auch deshalb wichtig, weil wir uns in einer Zeit befinden, in der in Deutschland in Gemeinden und in auch in den ersten Ländern eine inzwischen mehrfach offiziell als rechtsextremistisch eingestufte Partei - durch freie und geheime Wahl - nach der Regierung greifen kann.

Wir wissen auch, dass viele die von der NSDAP ausgehende Gefahr in den 1920er, kurz vor oder sogar nach 1933 falsch, nämlich *unterschätzten*.

Das gilt für diejenigen, die die NSDAP als Protestwähler unterstützten, diejenigen, die den Altparteien einen „Denkzettel“ verpassen wollten,

die Mitläufer, auch für manche politische Gegner insbesondere im christlich-konservativen Spektrum - und es galt auch für viele spätere Opfer, denen die Flucht, als sie das Ausmaß der Gefahr schließlich verstanden, häufig nicht mehr rechtzeitig gelang.

Das Trauma wird insofern nicht nur ausgelöst durch die Verbrechen selbst, sondern auch durch die Erkenntnis, sie nicht rechtzeitig vorhergesehen und verhindert zu haben.

Dies wiederum erklärt die große Verunsicherung sowohl in der jüdischen Bevölkerung als auch bei den deutschen Sinti und Roma angesichts des Erstarkens

rechtsextremistischer Parteien einerseits und dem eklatanten Anstieg antisemitischer und antiziganistischer Gewalt.

Die Zunahme dieser Gewalt ist jedoch - wiederum - nur die Spitze des Eisbergs - während das tatsächliche Ausmaß antisemitischer, rassistischer und antiziganistischer Grundhaltungen nicht öffentlich präsent, aber umso besser empirisch erforscht ist.

Der Umgang mit dieser historisch begründeten Verunsicherung des Teils der Bevölkerung, der Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt ist, ist enorm herausfordernd, und er wird ohne die Unterstützung des Staates, seiner Institutionen und der Zivilgesellschaft nicht gelingen.

Unterstützung benötigen vor allem die Bürgerrechtsverbände der Bedrohten selbst.

Auch hierzu lässt sich in der Rückschau darstellen, dass die Aufarbeitung der Verbrechen der Nazi-Zeit über viele Jahre und Jahrzehnte vor allem von den Verbänden der Opfer und den westlichen Befreiungsmächten ausging - und weniger von uns selbst.

Beschämt müssen wir aus der heutigen Perspektive konstatieren, dass die Sinti und Roma jahrzehntelang aus der öffentlichen Wahrnehmung „ausgeblendet (wurden)“.

So konnten etwa Kriminalpolizisten, die unmittelbar an der NS-Verfolgung der Sinti und Roma beteiligt gewesen waren, ihre Karrieren weiter fortsetzen, ohne sich juristisch für ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen verantworten zu müssen. Nationalsozialistisch belastete Beamte leugneten die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma und verteidigten diese als ‚verbrechensvorbeugende Maßnahmen‘.

Diese Auffassung schlug sich 1956 in einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs nieder, das jahrelang die Entschädigung von zahlreichen verfolgten Sinti und Roma verhinderte.“¹

„Die Gerichte“, schreibt Daniela Gress von der Forschungsstelle Antiziganismus der Universität Heidelberg, „schenkten den einstigen Tätern mehr Glauben als den Opfern“.

Sie konnten sich darin der Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung, deren Ressentiments und Vorteile gegen gesellschaftliche Minderheiten ebenfalls ungebrochen fortbestanden, sicher sein.

Und eine Minderheit, die schon in den Jahrhunderten, Jahrzehnten und Jahren vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten marginalisiert, entrechtet und verfolgt wurde, von Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit, gesellschaftlicher Teilhabe in jeder Form und der Repräsentanz in staatlichen Institutionen ausgeschlossen war,

wurde nach der Befreiung ein weiteres Mal diskriminiert, weil sie keine Struktur, keine Selbstvertretung, keine Sprecherinnen oder Sprecher hatten, die für sie

¹ Daniela Gress: <https://www.romarchive.eu/de/roma-civil-rights-movement/sinti-and-roma-federal-republic-germany/> (zuletzt abgerufen: 16.12.2023)

öffentlich auftrat und ihre Interessen vertrat. Noch 2013 scheiterte ein deutscher Sinto mit seiner Kandidatur für die Wahl zum Deutschen Bundestag - 2018 gelang ihm der Einzug in das Europäische Parlament.

Ohne diese Selbstvertretung bei gleichzeitiger Ignoranz und Widerstand der Mehrheitsbevölkerung dauerte es bis in die 1970er Jahre, bis der von Vinzenz und Romani Rose gegründete Verband deutscher Sinti zunehmend öffentliches Gehör fand.

Die erste internationale Gedenkkundgebung im Rahmen einer von dem Verband deutscher Sinti gemeinsame mit der Gesellschaft für bedrohte Völker vorbereiteten systematischen Öffentlichkeitskampagne zur Erreichung der politischen Anerkennung des NS-Völkermordes fand 1979 in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen statt.

Simone Veil, die damalige erste Präsidentin des Europaparlaments, die als jüdisches Kind das Konzentrationslager Bergen-Belsen selbst überlebt hatte, während ihre Mutter dort verstarb, war die wichtigste Rednerin dieser Gedenkveranstaltung. Ihre Unterstützung sicherte dem gemeinsamen Anliegen endlich die notwendige Aufmerksamkeit - jedoch längst noch nicht die Anerkennung, für die noch weitere Jahre der beharrlichen Bürgerrechtsarbeit, der so genannten „Bettelmärsche“ der aus Südosteuropa vertriebenen Roma auf der Suche nach einem Bleiberecht, der Hungerstreiks und der kontinuierlichen historischen Aufarbeitung auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Gemeinden notwendig waren.

Und notwendig *bleiben*, wenn wir neben dem Wahlverhalten auch die vielen Untersuchungen zur Verbreitung antiziganistischer Stereotype in der Bevölkerung betrachten. Besorgt - eher: alarmiert betrachten.

Und so möchte ich meine heutige Ansprache zu diesem Gedenktag der Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma widmen, indem ich die besonderen Leistungen des Zentralrats der Sinti und Roma, des Bremer Landesverbandes der Sinti und Roma und des Bremerhavener Sinti-Vereins würdige.

Vor dem dargestellten Hintergrund der Rücksetzungen, der Ausgrenzung und der Diskriminierung der Sinti und Roma nach der Nazi-Zeit, in der demokratischen Bundesrepublik, bin ich beschämt, wie lang und wie häufig unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger auch in der BRD auf sich allein gestellt blieben.

Ich danke Roberto Larze und Dardo Balke und mit ihnen allen weiteren Aktiven eures Bürgerrechtsvereins für das große und großmütige Engagement.

Gleichzeitig gratuliere ich zu der unvergesslichen Aufführung der „Blumen an der Karlsburg“, die wir in diesem Jahr im Stadttheater erlebten und jüngst von der Bundeszentrale für politische Bildung in dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet wurde. Herzlichen Glückwunsch!

(Anrede)

Es gehören Beharrlichkeit und Zuversicht dazu, den Kampf aufzunehmen nicht etwa bloß gegen einzelne Vorurteile, sondern gegen geschlossene Weltbilder, die über Jahrhunderte eher noch verstärkt und verfestigt wurden,

und gern möchte ich versichern, dass der Magistrat jetzt und in der Zukunft ein unverbrüchlicher Bündnispartner dieses Wirkens ist.

Das Erreichte - nicht zuletzt auch die Tafel, vor der wir uns hier versammeln, verdanken wir den engagierten Vertretern der Bremerhavener Sinti und Roma der vergangenen Jahrzehnte.

Nach unserem gemeinsamen Verständnis ist der Erfolg der Selbstvertretung der Bremer und Bremerhavener Sinti und Roma neben den heute Anwesenden vor allem mit einer Person verbunden, an die wir heute gemeinsam erinnern möchten: Ewald Hanstein.

Auch Ewald Hanstein beantragte bereits 1957 eine Entschädigung als NS-Verfolgter. Er war 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert worden. Als noch „Arbeitsfähiger“ entging er der Vernichtung und wurde als einer der auf den Todesmarsch gezwungenen Häftlinge im April 1945 von der US-Armee befreit.

Erst Ende der 1980er Jahre wurde ihm eine „verfolgungsbedingte Schädigung“ zuerkannt, sodass er wenigstens rentenberechtigt wurde.

All das hat Ewald Hanstein nicht entmutigen oder gar brechen können, auch nicht seinen Einsatz in und für ein demokratisches Deutschland, in dem die Bürger:innen unterschiedlicher Herkunft und Zugehörigkeit gleichberechtigt leben können.

Unermüdlich war seine Präsenz in Schulklassen, öffentlichen, politischen und Bildungsveranstaltungen, unverzichtbar seine Arbeit für die Sinti in Bremen und Bremerhaven, deren Ehrenvorsitzender er wurde - und 2006 auch endlich mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande gewürdigt wurde.

Gemeinsam mit dem Sinti-Verein würde ich mich freuen, wenn es gelingen würde, einen geeigneten Ort in unserer Stadt, einen Platz oder eine Straße, nach Ewald Hanstein zu benennen, aus Dankbarkeit für sein Wirken und seine Verdienste um die demokratische Entwicklung unserer Stadt. Vielleicht machen wir uns von heute ausgehend gemeinsam auf die Suche nach diesem würdigen Ort.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und schließe mit folgenden Worten Ewald Hansteins aus dem Buch „Meine hundert Leben“:

„Wir müssen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen,

wo sie ihre ekelhafte Fratze zeigen.

Wir müssen "nein" sagen, wo verächtlich über andere geredet wird!

Wir müssen "nein" sagen, wo Gewalt propagiert oder verniedlicht wird!

*Wir müssen "nein" sagen, wo Egoismus und Konsum als höchste Lebensziele
gepriesen werden!
"Die Würde des Menschen ist unantastbar!"
Dieses Gebot unseres Grundgesetzes, aus der Erfahrung von Auschwitz
aufgeschrieben,
bleibt die Richtschnur für unser gesellschaftliches Leben, für eine demokratische
und humane Zukunft".²*

Text: Michael Frost

Recherche: Kristoffer Begatik, Dr. Julia Kahleyß, Lena Prötzel, Michael Frost

² Ewald Hanstein, Ralf Lorenzen: „Meine hundert Leben“, Bremen: 2005